

# „Werden Sie der nächste Ministerpräsident?“

Was CDU-Landeschef Manuel Hagel beim Gisoton-Seminar in Aitrach auf diese Frage geantwortet hat

Von Steffen Lang

AITRACH - „Werden Sie der nächste Ministerpräsident?“ Manuel Hagel, Landeschef der CDU, dürfte innerlich die Augen verdreht haben, als er dieser Tage als Gast beim Gisoton-Seminar in Aitrach diese ziemlich erwartbare Frage aus dem Publikum gestellt bekam.

Ebenso erwartbar antwortete er nicht mit ja oder nein. Nach dem Seufzer „wenn ich jedes Mal bei dieser Frage eine halbe Bier bekäme...“ sagte er: „Ministerpräsident wird der, den das Volk wählt.“ Ehrgeiz der CDU sei freilich, wieder auf Platz eins zu landen.

Viele der gut 300 Seminarteilnehmer – Vorstände, Geschäftsführer, Unternehmer, Mitarbeiter von Baugesellschaften, Architekten und Ingenieure aus Süddeutschland – in der Aitracher Festhalle dürften überzeugt oder sogar hoffnungsvoll sein, den Nachfolger von Winfried Kretschmann (Grüne) erlebt zu haben. Auch Gastgeber Friedrich Gebhart, der Chef des Baustoffhändlers mit Sitz in Aichstetten.

Die Baustoffwerke Gebhart & Söhne besteht aus der KBH in Lachen bei Memmingen und den Gisoton-Wandsystemen in Aichstetten. Das Familienunternehmen gibt es seit mehr als 60 Jahren und wird in dritter Generation von Friedrich und Hans Gebhart geführt. Darüber hinaus ist die Familie Mehrheitseigentümer der Firma Lissmac in Bad Wurzach mit 400 Angestellten.

Jährlich lädt Gisoton Fachreferenten und einen prominenten Gast zu seinem Seminar ein, und jedes Mal ist die Halle nahezu vollbesetzt. Vergangenes Jahr war Boris Palmer, OB von Tübingen



Manuel Hagel beim Gisoton-Seminar in Aitrach.

FOTO: STEFFEN LANG

und ehemals Grünen-Mitglied, der Starredner. Ob er ihn denn fragen könnte, ob er bei der CDU mitmachen möchte, wurde Hagel auch gefragt. Auch hier zog sich der CDU-Landeschef aus Ehhingen geschickt aus der Affäre. Man kenne sich, „und an seiner Kreativität habe ich ... freundschaftliches Interesse“.

In seinem gut halbstündigen Vortrag mit dem doppeldeutigen Titel „Mehr Wohnraum schafft man nicht mit links“ zeigte sich der noch 35-Jährige (am 1. Mai feiert er Geburtstag) gut aufs Thema vorbereitet. Seine Botschaft war freilich nicht neu. Das Baurecht brauche eine grundlegende Entschlackung, die Genehmigungsverfahren eine Beschleunigung. „Wir Parlamentarier sollten uns

verpflichten, für jede neue Rechtsnorm drei andere abzuschaffen. Sonst kommen wir nicht voran.“ Normen sollten außerdem automatisch nach einer gewissen Frist ablaufen und dann neu überprüft werden.

Den Naturschutz will Hagel „vom Kopf auf die Beine stellen“, damit er wieder Arten schützt aber nicht Entwicklungen hemmt. Das Verbandsklagerecht will er abschaffen, Bürgerbeteiligungen nur zu Beginn eines Projekts sehen, damit nicht „eine nicht veränderungsbereite Minderheit“ jederzeit blockieren kann. Die Grunderwerbssteuer müsse modernisiert und flexibel gemacht werden, damit sie zum Beispiel für junge Familien oder für altersgerechten und sozialen

Wohnbau gesenkt werden könne. Den umstrittenen Paragraphen 13b des Baugesetzbuchs, der für Baugelände beschleunigte Verfahren ermöglicht, wolle die CDU als dauerhafte Regelung. „Wo da ein Recht entgegensteht, muss man eben das Gesetz ändern.“

Diese und andere Ansichten des Christdemokraten hat die Bauunternehmensschaft sicherlich gerne gehört. Nicht gehört hat sie offensive Kritik an anderen Parteien. Hier hielt sich Hagel auffällig zurück. Vom Koalitionspartner seiner CDU in Stuttgart sprach er als „unserem grünen Partner“, die Ampelkoalition nannte er nicht beim Wort.

Kritik vor allem an den Grünen war nur zwischen den Zeilen zu

vernehmen. Zum Beispiel, als Manuel Hagel über die Diskussion über „Nebensächlichkeiten“ wie das Gendern oder ob eine Straße noch Mohrenstraße heißen darf, verbal den Kopf schüttelte. Wenn man es nicht schaffe, Wichtiges vom Unwichtigen zu trennen und sich aufs Wichtige zu konzentrieren, „kommen wir in unserem Land nicht voran“.

Bei dieser Kritik nahm er aber auch die immer mehr um sich greifende Vollkasko-Mentalität in der Gesellschaft nicht aus. „Risiko gehört zum Leben und ist nichts Schlechtes.“ Man dürfe nicht immer gleich fragen, wer an etwas Schuld hat und wo man klagen kann, sondern müsse wieder bereit sein, Eigenverantwortung zu übernehmen.